

Stand: 20.04.2026 06:31:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/24305

"Gewalt gegen Frauen bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung bieten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/24305 vom 05.10.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/25031 des SO vom 13.10.2022
3. Beschluss des Plenums 18/25181 vom 23.11.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 127 vom 23.11.2022



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Margit Wild, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Gewalt gegen Frauen bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung bieten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die folgenden Maßnahmen für einen besseren Schutz für Frauen und Kinder, die von Gewalt bedroht sind, umzusetzen:

1. Vorlage eines Gesetzentwurfs, der in Bayern ein differenziertes und bedarfsgerechtes Beratungs- und Interventionsangebot für von Gewalt bedrohte Frauen und eine Finanzierung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen/Notrufen und angegliederten Interventionsstellen transparent und verlässlich festschreibt. Auf der Basis einer klaren Aufgabenzuweisung auf Landes- und kommunaler Ebene müssen einheitliche Rechtsgrundlagen, Kosten- und Finanzbeteiligungen festgelegt werden. Insbesondere muss eine Aufteilung der Kosten für Investitionen und den laufenden Betrieb der Hilfseinrichtungen so geregelt werden, dass die finanzielle Belastung der Träger und der kommunalen Ebene reduziert wird. Um dies zu gewährleisten, soll eine Dynamisierung der staatlichen Förderung zum Ausgleich der laufenden Personalkostensteigerungen erfolgen.
2. Ausbau des Hilfesystems für von Gewalt bedrohte Frauen in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden. Der Ausbau soll auf der Grundlage der Empfehlungen der Studie zur Bedarfsermittlung zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern der Universität Erlangen-Nürnberg erfolgen und im Schwerpunkt die folgenden Ziele umsetzen:
 - Erhöhung der personellen Kapazitäten in Frauenhäusern und Fachberatungsstellen bzw. Notrufen,
 - bedarfsgerechte Überarbeitung der Bayerischen Richtlinien für Frauenhäuser und Frauennotrufe auf der Basis der Forderungen der Träger der Einrichtungen,
 - Ausbau der Frauenhausplätze um 35 Prozent und der Zahl der Frauenhäuser auf mindestens ein Frauenhaus pro Landkreis / kreisfreier Stadt, einen Schutzplatz für Frauen pro 7 500 Einwohnerinnen und Einwohner und einen Schutzplatz für die Kinder der Frauen pro 7 500 Einwohnerinnen und Einwohner,
 - Erarbeitung von Schutzkonzepten für Frauen mit spezifischem Betreuungsbedarf aufgrund psychischer Erkrankung, Sucht, Behinderung, altersbedingter Pflegebedürftigkeit, für Trans*frauen, Frauen mit Migrationshintergrund sowie für Frauen mit älteren Söhnen.
3. Einrichtung einer wissenschaftlichen Monitoring-Stelle, um bestehende Angebote zur Gewaltprävention- und intervention langfristig zu systematisieren und zu evaluieren sowie die Wirksamkeit von Maßnahmen aufzuzeigen und neue Bedarfe zu eruieren.

4. Flächendeckender Ausbau der Second-Stage-Angebote als Ergänzung des bestehenden Frauenhilfesystems.
5. Erweiterung des Angebots an Gewaltschutzambulanzen zur Untersuchung, Spurensicherung und Beratung für Opfer von Gewalt.
6. Stärkung des proaktiven Beratungsansatzes als flankierende Maßnahme zum Gewaltschutzgesetz durch einen bayernweiten Ausbau der bisher 28 staatlich finanzierten Interventionsstellen sowie eine Unterstützung der Stellen bei ihrer Kooperation mit der Polizei.
7. Ausbau der Fachstellen für Täterarbeit als Baustein im Hilfesystem gegen Gewalt.
8. Einführung eines Gefährdungsmanagements der Abläufe von Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt von den ersten Maßnahmen am Tatort über die Gefährdungsbewertung bis hin zum Opferschutz in Zusammenarbeit mit den beteiligten Behörden und einer Verknüpfung mit den Fachberatungsstellen für häusliche Gewalt.
9. Vorlage eines Konzepts zur Verbesserung der Sicherheitssituation und des Gewaltschutzes von LGBTIQ*-Bürgerinnen und -Bürger.

Begründung:

Mit der Istanbul-Konvention hat sich Bayern bereits 2018 verpflichtet, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten. Der Weg zur Erfüllung dieser Konvention ist noch weit. Die Ergebnisse der Sachverständigenanhörung zu den Schutzstrukturen gegen geschlechtsspezifische, sexualisierte und häusliche Gewalt in Bayern am 31. März 2022 zeigten Defizite in allen Bereichen des Gewaltschutzes von der Infrastruktur über Beratungsangebote bis zu den Möglichkeiten der Evaluierung der Schutzmaßnahmen auf.

Allein bei den Frauenhäusern liegt das Angebot weit unter dem Bedarf. Die Istanbul-Konvention schreibt vor, dass pro 10 000 Menschen ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen muss. Mit insgesamt 375 Frauenhausplätzen ist Bayern von dem Ziel noch weit entfernt. Frauenhäuser müssen jede zweite Hilfesuchende abweisen, da diese oftmals an der Kapazitätsgrenze arbeiten oder bereits ausgelastet sind.

Mit der seit September 2019 geltenden „Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen/Notrufen und angegliederten Interventionsstellen in Bayern“ wurde keine entscheidende Verbesserung für die Personalausstattung für Frauenhäuser und Notrufe in Bayern erreicht. Mit dem jetzt geltenden Personalschlüssel von 1,5 Stellen für sieben Frauenhausplätze entspricht die Richtlinie für die staatliche Personalkostenförderung nicht den jahrelangen Forderungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die sich für zwei Stellen eingesetzt hatten.

Der Städte- und Landkreistag kritisiert, dass es keine klare Aufgabenzuweisung auf Landes- und kommunaler Ebene gibt, sondern eine Reihe von unterschiedlichen Rechtsgrundlagen zu verschiedenen Kosten- und Finanzbeteiligungen führt. Zudem führen fehlende Regelungen zur Dynamisierung der staatlichen Förderung zum Ausgleich der Personalkostensteigerungen zu Defizits-Übernahmeregulungen zu Ungunsten der kommunalen Ebene. Neben dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Frauenhäuser muss so auch die Finanzierung neu organisiert und abgesichert werden.

Für einen umfassenden Schutz für von Gewalt betroffene Frauen muss die lebensnotwendige Arbeit der Frauenhäuser und Notrufe in Bayern endlich an die veränderten Bedingungen angepasst werden. Nach Art. 23 der Istanbul-Konvention ist die Einrichtung von geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl zu ermöglichen, um Opfern, insbesondere Frauen und ihren Kindern, eine sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Die Anzahl der Schutzunterkünfte soll sich nach dem tatsächlichen Bedarf richten, was eine kontinuierliche Weiterentwicklung und bedarfsgerechte Anpassung der Hilfsangebote bedingt. Davon ist Bayern weit entfernt.

Die bayerischen Frauenhäuser sind nicht ausgestattet, Frauen mit besonderem Hilfsbedarf aufzunehmen, auch nicht psychisch oder an Sucht erkrankte und Frauen mit

Behinderungen. Auch der Wunsch nach Mitaufnahme älterer Söhne kann Ausschlusskriterium sein. Frauen, die von Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung betroffen sind, brauchen ebenso spezialisierte Stellen wie weibliche Flüchtlinge und Frauen mit Migrationshintergrund.

Bundesweit steigen die Zahlen im Bereich der LGBTIQ*-Feindlichkeit. Fachstellen, Expertinnen und Experten gehen von einem hohen Dunkelfeld bei der Erfassung der Fälle aus. Zum Schutz der betroffenen und gefährdeten Bürgerinnen und Bürger müssen die Gefährdungssituationen analysiert und Schutzangebote entwickelt werden.

Der Auszug aus dem sicheren Frauenhaus ist ein schwieriger Schritt für von Gewalt betroffene Frauen. Fehlende Perspektiven und Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche können zu einer Rückkehr in alte oder neue Gewaltbeziehungen und damit zum nächsten Frauenhausaufenthalt führen. Bezahlbarer Wohnraum für Frauen, die wenig verdienen oder Leistungen aus dem SGB II (Sozialgesetzbuch Zweites Buch) beziehen, ist auf dem Wohnungsmarkt wenig verfügbar. Frauen und ihre Kinder mit Vermittlungshemmnissen haben kaum Chancen, selbst eine Wohnung zu finden. Ein flächendeckendes Second-Stage-Angebote zur Vermittlung von Wohnraum und Hilfe bei der Arbeitssuche ist für die Frauen lebensnotwendig.

Der auf die Frau zugehende proaktive Beratungsansatz wird von den Sachverständigen als flankierende fachliche Maßnahme zum Gewaltschutzgesetz als unerlässlich beurteilt. Als wirkungsvoll hat sich erwiesen, wenn Notrufe, Frauenhäuser, Interventionsstellen und Polizei eng zusammenarbeiten.

Bewährt hat sich für die Expertinnen das Konzept einer Notfallambulanz am Rechtsmedizinischen Institut der Universität München. Hier können sich Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt wurden, unabhängig von einer polizeilichen Anzeige zur Untersuchung, Spurensicherung und Beratung direkt und kostenlos an die Sprechstunde des Instituts wenden. Diese Möglichkeit sollte nach Expertinnenrat auch auf andere rechtsmedizinischen Institute ausgedehnt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher
u.a. SPD
Drs. 18/24305**

**Gewalt gegen Frauen bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung
bieten**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Diana Stachowitz**
Mitberichterstatler: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 13. Oktober 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Thomas Huber
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Margit Wild, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Drs. 18/24305, 18/25031

Gewalt gegen Frauen bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung bieten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen sowie Herr Kollege Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Die fraktionslosen Abgeordneten, Herr Swoboda und Herr Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 19. Oktober 2022 (Vf. 17-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bayerischen Grundsteuergesetzes (BayGrStG) vom 10. Dezember 2021 (GVBl. S. 638, BayRS 611-7-2-F)

PII-G1310.22-0016
Drs. 18/25025 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist jedenfalls unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt
Ökodesign – Europäische Kommission prüft Notwendigkeit neuer
Vorschriften über die Umweltauswirkungen von Fotovoltaik
23.09.2022 - 16.12.2022
Drs. 18/24565

**Über den Antrag wird nicht abgestimmt, da die abschließende
Beratung in den Ausschüssen noch nicht stattgefunden hat.**

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Bayern gegen Gewalt I – Weiterentwicklung gewaltpräventiver Projekte
Drs. 18/22955, 18/25006 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Bayern gegen Gewalt II – Gewaltschutz für Frauen mit besonderen Bedarfen optimieren
Drs. 18/22956, 18/25007 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Bayern gegen Gewalt III – Gewaltambulanzen für Opfer von häuslicher Gewalt
Drs. 18/22957, 18/25008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen I: Landesaktionsplan samt Präventionsoffensive aufsetzen
Drs. 18/23124, 18/25009 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen II: Landesmonitoringstelle zur Beobachtung und Bewertung der Umsetzung der Istanbul-Konvention
Drs. 18/23125, 18/25010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen III: Gewaltschutzambulanzen flächendeckend einrichten
Drs. 18/23126, 18/25011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen IV:
Sichere Finanzierung des Gewaltschutzsystems
Drs. 18/23127, 18/25012 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Besoldung von Förderlehrern an das geänderte Berufsbild anpassen
Drs. 18/23221, 18/25064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Masterplan Geothermie vorlegen
Drs. 18/23387, 18/25073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Benjamin Miskowitsch, Eric Beißwenger, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Photovoltaikanlagen auch in Überschwemmungs- und Vorranggebieten zulassen
Drs. 18/23615, 18/24974 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Hinschauen statt Wegschauen –
Studie zur Wohnungslosigkeit junger Menschen in Bayern
Drs. 18/23616, 18/25016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Experten-Anhörung zu neuen Methoden der Frac-Chemie
Drs. 18/23632, 18/24975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

21. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Erweiterung der Expertenkommission nach Art. 1 Abs. 6 NatSchRFrackingÄndG
Drs. 18/23633, 18/24976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

22. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Heizen mit Holz muss möglich bleiben – Nein zum Pelletverbot
Drs. 18/23634, 18/24977 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Erhöhung der Agrardieselmrückerstattung
Drs. 18/23637, 18/24862 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Florian von Brunn u.a. SPD
Gutscheinprogramme verlängern – Bewegung fördern, Familien entlasten, Sportvereine unterstützen
Drs. 18/23668, 18/25046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Walter Taubeneder, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fachkräftemangel – Stärkung der beruflichen Bildung
Drs. 18/23677, 18/25030 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Souveränität in der Rüstungspolitik stärken – Landesverteidigung als nachhaltig anerkennen
Drs. 18/23689, 18/25074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Harald Güller, Florian von Brunn u.a. SPD
Anhörung zur Zukunft des Sportunterrichts an Bayerns Schulen
Drs. 18/23696, 18/24965 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
„Bayerisches Sofortprogramm Energiesicherheit“ –
Probleme in Bayern lösen, statt nach Berlin zu zeigen!
Drs. 18/23717, 18/24978 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Meister gleich Master: Kostenlose Meisterausbildung jetzt!
Drs. 18/23718, 18/24979 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Talente in Mittelschulen fördern
Drs. 18/24023, 18/24970 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern II –
Kostenfreie Arbeitshefte
Drs. 18/24025, 18/24971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern III – Staatliche
Zuweisungen an die kommunalen Träger des Schulaufwands
Drs. 18/24026, 18/24972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Preissenkungen im Merit-Order-System
Drs. 18/24031, 18/24987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger u.a. und Fraktion (AfD)
Kulturbetrieb aus der Krise führen: Keine erneuten Coronabeschränkungen für Theater, Konzerte und andere Spielstätten erlassen
Drs. 18/24148, 18/25002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Normalität an den Hochschulen im Wintersemester statt Maskenpflicht und virtueller Lehre!
Drs. 18/24149, 18/25003 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Gewalt gegen Frauen bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung bieten
Drs. 18/24305, 18/25031 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>